

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 27 – AIDS-Prävention hat Vorrang

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

Den Trend umkehren

Der Bericht der Landesregierung ist eine gute Grundlage für die Diskussion über eine perspektivische Weiterentwicklung der Aidshilfen und Aidsprävention in Schleswig-Holstein.

Die Anzahl der an Aids erkrankten und HIV-positiven Menschen steigt bundesweit. Aufgrund des wissenschaftlichen und medizinischen Fortschritts haben die Betroffenen für das Überleben und das Leben mit Aids zwar eine Perspektive bekommen. Dennoch hat diese Krankheit nichts von ihrem Schrecken verloren. Gerade deshalb ist die gestiegene Anzahl der Neuinfektionen um bundesweit 13 Prozent besorgniserregend.

In Schleswig-Holstein hat sich die Zahl der Neuinfektionen in den vergangenen drei Jahren von 27 auf 56 Fälle fast verdoppelt. Nur gute 10 Prozent der Infizierten sind Frauen. Die meisten Neuinfizierten sind zwischen 25 und 49 Jahre alt, sie sind männlich, viele von ihnen haben gleichgeschlechtlichen Sex und sie leben im großstädtischen Raum, in Kiel oder Lübeck.

Wir müssen uns die Frage stellen, was wir tun können, um diesen Trend der steigenden Infektionszahlen umzukehren.

Hilfreich ist dabei das noch von der rot-grünen Landesregierung eingeführte standardisierte Dokumentationssystem, mit dem wir die Arbeit der unterschiedlichen, regional gewachsenen Einrichtungen und Angebote und ihren Erfolg vergleichen und bewerten. Die Ergebnisse zeigen uns, dass der Arbeitsanfall und die Belastung der MitarbeiterInnen an den einzelnen Standorten sehr unterschiedlich sind. Auch wird deutlich, dass sich die Arbeitsschwerpunkte an den einzelnen Standorten unterscheiden, von der Betroffenenberatung über allgemeine Präventionsarbeit, Vernetzung- und Fortbildung bis hin zu E-Mail-Beratung.

1/2

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 234.06 / 05.05.06

Im großstädtischen Bereich, in den Zentren Kiel und Lübeck, teilweise auch Neumünster, häuft sich der Beratungsbedarf von Menschen, die direkt von Aids oder HIV betroffenen sind. Insbesondere in Kiel und Lübeck haben sich Kompetenzzentren herausgebildet.

In Flensburg, Heide und Nordfriesland ist hingegen der weitaus größte Anteil der Ratsuchenden nicht direkt persönlich betroffen ist. Deutlicher kann kaum dargestellt werden, dass wir die Strukturen der Aidshilfe mit Gefühl und Augenmaß verändern müssen.

Dabei darf es nicht um weitere Kürzungen von Landesmitteln gehen. Vielmehr müssen wir die Frage beantworten, wie wir die Fördermittel der aktuellen Situation anpassen und auf die neuen Erfordernisse ausrichten können. Bei einer Weiterentwicklung der Aidshilfe müssen folgende Ziele als Basis berücksichtigt werden:

Die medizinische Beratung und Versorgung durch die drei Aids-Ambulanzen und die Kooperation mit niedergelassenen Ärzten und Pflegediensten hat sich bewährt.

Die begleitende soziale und sozialrechtliche Beratung Betroffener könnte an den Standorten zentriert werden, die sich in der Praxis bereits gebildet haben. Hier ergeben sich auch Synergieeffekte durch die unmittelbarer Nähe zu den Aids-Ambulanzen.

Der Fokus der Aidshilfe muss noch stärker auf die allgemeine Prävention ausgerichtet werden. Hierbei sind geeignete Institutionen, zum Beispiel Schulen, Jugendschutz und Pro Familia verstärkt einzubeziehen.

Die Gesamtstruktur der Aidshilfe- und -beratungseinrichtungen muss noch stärker miteinander vernetzt werden. Die bestehenden Lücken in der Fläche müssen geschlossen werden, zum Beispiel durch Moderatoren-Teams.

Und es müssen neue Wege gegangen werden, um Hochrisikogruppen, zum Beispiel schwule Männer, besser zu erreichen.

Es gibt also viel zu tun! Mit dem vorliegenden Bericht ist eine gute Grundlage für eine sachliche Diskussion gelegt.
